

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 des Bundesnetzwerks Grundeinkommen

Antworten der ÖDP

-1-

Wie steht Ihre Partei zum Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien* des Netzwerk Grundeinkommen?

Der 53. Bundesparteitag der ÖDP in Ingolstadt (06./07.05.2017) hat mit großer Mehrheit folgenden Initiativantrag beschlossen:

„Ausgehend von den Menschenrechten auf Arbeit, freie Berufswahl, soziale Sicherheit, Wohlfahrt, Bildung, Teilhabe am kulturellen Leben sowie auf Erholung und Freizeit fordern wir für alle Menschen, die nicht erwerbstätig sein können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Globalisierung, Digitalisierung und Beschleunigung der Arbeitsprozesse führen zu immer größeren Belastungen aller Menschen.

Wir brauchen eine gerechte und nachhaltige Gesellschaftspolitik, die die rasant angewachsene und weiter wachsende Kluft zwischen wenigen sehr reichen und immer mehr armen Menschen, verbunden mit zunehmenden Abstiegsängsten der noch vorhandenen Mittelschicht, wieder verringert, auch im Interesse der Demokratieentwicklung und der Verpflichtung zu einer konsequent ökologischen Politik. Dies betrifft auch die immer mehr zutage tretende Verletzung des Generationenvertrages gegenüber der jungen Generation und zu Lasten der Familien.

Wir brauchen vordringlich für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Dazu zählen für uns u.a. Kinder, Rentnerinnen / Rentner und Erwerbsunfähige. Solange das Erziehungs- und Pflegegehalt nicht verwirklicht ist, gehören auch Erziehende und Pflegenden dazu.“

-2-

Welche Ihrer Meinung nach mit der Einführung des Grundeinkommens verbundenen weiteren Reformen strebt Ihre Partei an?

Die ÖDP fordert insbesondere für Familien ein sozialabgabenpflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt. Gleichzeitig fordert sie eine Entbürokratisierung und mehr Transparenz in den Sozialleistungen und ein Mehr an Teilhabe von behinderten Menschen.

Die ÖDP setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Sozialpolitik ein, die die rasant angewachsene und weiter wachsende Kluft zwischen wenigen sehr reichen und immer mehr armen Menschen, verbunden mit zunehmenden Abstiegsängsten der „Mittelschicht“, wieder verringert.

-3-

Will und wie will Ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland befördern?

Die ÖDP hat sich auf ihrem 50. Parteitag Anfang 2016 zur Gründung eines Bundesarbeitskreises (BAK) „Humanökologisches Grundeinkommen“ entschieden, der beauftragt wurde, ein Konzept zur Umsetzung eines Grundeinkommens, das sowohl dem Mensch als auch der Umwelt nutzt,

auszuarbeiten. Eine vom BAK HÖGE erarbeitete „GE-Fibel“ liegt seit Ende 2016 als Diskussionsgrundlage für die weiteren Arbeitsschritte vor.

Nach dem oben zitierten Beschluss sind die beiden betroffenen Bundesarbeitskreise Humanökologisches Grundeinkommen und Familie, Soziales & Gesundheit sowie die Arbeitsgruppe „Neue gerechte Sozialpolitik“ gebeten worden, nach der Bundestagswahl 2017 den o.a. Grundsatzbeschluss gemeinsam weiterzuentwickeln und zu konkretisieren.

-4-

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerschaftsforen und -konvente anlässlich der Enquete-Kommission zum Grundeinkommen zu unterstützen, und somit eine breite Öffentlichkeit in die gesellschaftliche Diskussion über das Grundeinkommen einzubeziehen?

Die ÖDP steht der Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag aufgeschlossen gegenüber und unterstützt die o.g. Aktivitäten zum Grundeinkommen. Ansprechpartner innerhalb der Partei sind dabei der Vorstand und die Mitglieder des Bundesarbeitskreises „Humanökologisches Grundeinkommen“.

-5-

Wie stehen Sie zur Forderung, die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland mit einem bundesweiten Volksentscheid zu verbinden? (Was natürlich voraussetzt, dass dieser möglich ist.)

Die ÖDP fordert in ihrem Grundsatz- und Bundesprogramm mehr basisorientierte Entscheidungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Volksbefragungen und Volksentscheide auch auf Bundesebene.

Allerdings steht zu befürchten, dass die notwendige Debatte um die Einführung eines Grundeinkommens in Verbindung mit der Forderung eines entsprechenden Volksentscheides nur unnötig verzögert wird.

-6-

Das Europäische Parlament hat sich in zwei Entschlüssen wie folgt zum Grundeinkommen in der EU geäußert:

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034(INI)): Das Europäische Parlament „fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)): Das Europäische Parlament „ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen,

dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen, und individuell verschiedenen Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger (...) bejahen.“ Das Europäische Parlament „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden.“

6a

Welche Positionen nimmt Ihre Partei zu diesen Forderungen des Europäischen Parlaments ein?

Der Abgeordnete der ÖDP im Europäischen Parlament, Professor Dr. Klaus Buchner, befürwortet eine Prüfung verschiedener Modelle von Grundeinkommen und unterstützt daher die Forderung an die EU-Kommission nach entsprechenden Modellprojekten. Dabei müssen zahlreiche ungelöste Probleme, wie z.B. die unterschiedlichen Lohnniveaus in den EU-Ländern, nach Meinung von Herrn Buchner geklärt werden.

6b

Welche Aktivitäten haben Ihre Partei bzw. Ihre Abgeordneten zur Umsetzung dieser Forderungen unternommen?

Siehe Antwort auf Frage 3 - Die ÖDP tritt für die Einführung eines Grundeinkommens ein. Mit der Aufgabe, in wie weit die Einführung innerhalb der EU, Europas oder global vorangetrieben und umgesetzt werden kann, befassen sich 3 Bundesarbeitskreise der ÖDP (BAK Humanökologisches Grundeinkommen, Soziales und Familie, Wirtschaft). Dazu gibt es auch einen entsprechenden Auftrag des letzten Bundesparteitages, siehe Antwort 3.

-7-

Das Grundeinkommen wird als Menschenrecht diskutiert, das, wie alle Menschenrechte, allen Menschen bedingungslos zusteht.

7a

Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen für alle Menschen, dass die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe auf dem jeweiligen nationalen Niveau sichert?

Siehe Antwort auf Frage 1 - Die ÖDP leitet die Forderung nach einem Grundeinkommen ebenfalls von den Menschenrechten ab.

Siehe Antwort auf Frage 6b – aktuell in Diskussion

7b

Engagiert sich Ihre Partei für die Beförderung eines weltweiten Grundeinkommens? Wenn ja, wie?

Siehe Antwort auf Frage 6b - Diese Frage wird derzeit in den zuständigen Bundesarbeitskreisen fachübergreifend behandelt. Grundsätzlich sieht sich die ÖDP als transnationale Partei, die für eine soziale und ökologische Politik des globalen, nachhaltigen Handelns eintritt.

-8-

Unter dem Stichwort Digitalisierung deuten sich enorme Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt an.

8a

Welche erwerbsarbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen und Instrumente werden in Ihrer Partei diskutiert und welche konkreten politischen Maßnahmen erachtet Ihre Partei als notwendig, um diesen Wandel im Sinne der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten?

Das Grundeinkommen und die Ausweitung von mehr Teilzeit- und individuellen Arbeitszeitmodellen sind Antworten auf die in naher Zukunft anstehenden Beschäftigungsrisiken unter dem Thema „4.0“. Die Forderung nach einem Erziehungs- und Pflegegehalt (für mehr Familien- und Nachbarschaftszeit) ist eine weitere Forderung der ÖDP. Darüber hinaus ist die ÖDP eine wachstumskritische Partei, deren Kernaussage „Mensch vor Profit“ ist. Wir treten eine allgemeine Entschleunigung in der Arbeitswelt und im privaten Bereich ein.

8b

Welche Rolle könnte in dieser Hinsicht aus der Sicht Ihrer Partei das bedingungslose Grundeinkommen spielen?

Ein Grundeinkommen, welches allerdings nicht wirklich „bedingungslos“ sein kann, sondern in welchen theoretisch gedachten oder praktischen Umsetzungen „Rahmenbedingungen“ braucht, ist - zumindest für eine Übergangszeit - die notwendige Grundlage für wirklich nachhaltige, gerechte und menschenwürdige Sozial- und Ökologiepolitik.

-9-

Die bestehenden Grundsicherungssysteme sind in der Kritik.

9a

Welche Änderungen bzw. Anpassungen (Höhe, Sanktions- und Repressionsfreiheit, Individualisierung der Leistung etc.) an bestehenden Grundsicherungen (SGB II / SGB XII) plant Ihre Partei?

Durch Sanktionsfreiheit in „Hartz IV“ ändert sich das derzeitige ungerechte, entwürdigende und vor allem völlig intransparente Sozialsystem in Deutschland nicht. Das Grundeinkommen sorgt im Gegensatz zu den weit über 200 verschiedenen sozialen „Sicherungs- und Subventionssystemen“ für einen individuellen Anspruch ohne Neid, mit mehr Transparenz und vermeidet Scham- und Schuldgefühle. Gleichzeitig wird effizienter Bürokratieabbau umgesetzt.

9b

Wie steht Ihre Partei zur Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dass der Sanktionsparagraf des SGB II (bekannt als Hartz IV) in Bezug auf Aufnahme einer Lohnarbeit ein völkerrechtswidriger Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit ist? Dazu (https://www.boeckler.de/pdf_fof/96400.pdf).

Solange das jetzige System der „Leistungsgesellschaft“ mit „Arbeit = nur als Erwerbsarbeit in abhängiger oder selbständiger Form“ weiter existiert und gedacht wird, ist „Sanktionierung“ nur die konsequent-logische Folge einer „Bestrafung von Nichtarbeit“.

„Arbeit“ muss jedoch ganz anders und neu gedacht werden als viel umfassender Begriff.

Schließlich wird bereits heute ca. 60% aller „Arbeit“ in Deutschland nicht als Erwerbsarbeit geleistet. Sie wird jedoch nicht als solche gesehen und schon gar nicht als solche bezahlt und gewertet.

-10-

Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei als notwendig an, um Kinder- und Altersarmut zu beseitigen?

10a

Sieht Ihre Partei mit einer ausreichenden Grundrente für alle eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen?

Die ÖDP fordert die vordringliche Einführung des Grundeinkommens u.a. für Erziehende und Kinder sowie für Rentner, Pflegebedürftige, Erwerbsgeminderte und Erwerbsunfähige sowie Pflegende. Darüber hinaus fordert die ÖDP seit Jahrzehnten ein sozialabgabenpflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt sowie bezahlbaren Wohnraum unter Beachtung sozialökologischer Faktoren.

10b

Sieht Ihre Partei mit einem jedem Kind zustehenden, ausreichenden Grundeinkommen eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen?

Das Grundeinkommen, aber auch das jahrelang von der ÖDP geforderte sozialabgabenpflichtige Erziehungs- und Pflegegehalt, kann dafür Sorge tragen, dass Familien und damit auch Kinder finanziell sorgenfreier leben können. Es sorgt jedoch vor allem dafür, dass Eltern die Möglichkeit haben, mehr Zeit in die Familie statt (ausschließlich) in die Erwerbsarbeit zu investieren. Mehr Zeit für Bildung und Erziehung, „Füreinander Dasein“, Übernahme von Verantwortung und für praktizierte „Entschleunigung“ ist dabei mindestens so wichtig wie mehr Geld in der Haushaltskasse.

Das sozialabgabenpflichtige Erziehungsgehalt würde insbesondere Alleinerziehende (meist Mütter) aus der Abhängigkeit von Hartz IV befreien.

-11-

Welche konkreten Vorschläge unterbreitet Ihre Partei, um den Menschen mehr finanziell abgesicherte Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit zu ermöglichen, zum Beispiel durch eine steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit?

Siehe vorherige Fragen

-12-

Das Grundeinkommen hat in den meisten Modellen, neben Armutsprävention und angestrebter selbstbestimmter Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Care-Arbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement), auch eine verteilungspolitische Funktion. Sieht Ihre Partei in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf und welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei diesbezüglich vor?

Der BAK „Humanökologisches Grundeinkommen“ der ÖDP schlägt in seinem ersten ausgearbeiteten 5-Säulen-Entwurf zur Finanzierung des Grundeinkommens u.a. vor, hohe Einkommen, vor allem aber große Vermögen und auch Erbschaften (unter Beachtung hoher Freibeträge) heranzuziehen. Gleichzeitig sollen alle Einkommen (egal welcher Art), bei Einführung des Grundeinkommens ab dem 1. Euro besteuert werden. Darüber hinaus soll das Grundeinkommen insbesondere durch Besteuerung von Produktion, Vertrieb, Konsum und Entsorgung nach dem Prinzip des „ökologischen Fußabdrucks“ finanziert werden. Dies wird insgesamt dazu führen, dass eine gerechte Belastung der gesellschaftlichen Schichten und eine adäquatere Beteiligung der Wirtschaft erfolgt. Hierüber müssen die Parteigremien aber noch beraten und entscheiden.

*)

DIE VIER KRITERIEN DES NETZWERK GRUNDEINKOMMEN:

Erstes Kriterium - Individuell garantiert

Auf das Grundeinkommen haben alle Menschen einen individuellen Rechtsanspruch, unabhängig davon, ob sie allein oder mit anderen leben, ob sie verheiratet sind oder nicht.

Zweites Kriterium – Ohne Bedürftigkeitsprüfung

Jeder Mensch hat Anspruch auf das Grundeinkommen, unabhängig von Einkommen und Vermögen.

Drittes Kriterium – Ohne Zwang zur Arbeit / Ohne Gegenleistung

Das Grundeinkommen ist auch unabhängig davon, ob man für Geld arbeitet oder bereit ist, es zu tun. Es wird keinerlei Gegenleistung verlangt.

Viertes Kriterium – Existenz- und teilhabesichernd

Die Höhe des Grundeinkommens sichert die Existenz und ermöglicht die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Niemand muss Angst vor Armut haben.